

ITA

BÜLTEN BULLETIN

INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT
Verleger : COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel : 0032 - 2-230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

4. Jg. - Juni 1980
Deutsche Ausgabe Nr. 20
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM



AMNESTY INTERNATIONAL: "SYSTEMATISCHE FOLTER GEGEN POLITISCHE HÄFTLINGE IN DER TÜRKEI"

LONDON (ITA) - Eine Untersuchungsgruppe von amnesty international besuchte vom 19. bis 30. Mai die Türkei und fand heraus, daß "die türkischen Behörden systematische Folter gegen politische Gefangene betreiben". Wenigstens drei Personen sollen an den Folgen der Folterungen bei Verhören gestorben sein.

Die Mitglieder der amnesty-Gruppe trafen mit Opfer der Folter wie auch mit Rechtsanwälten, Ärzten, Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Journalisten zusammen.

Amnesty stellt fest, daß zu den Foltermethoden der türkischen Behörden Elektroschocks gehören, Schläge auf die Fußsohlen der Opfer, Angriffe auf nahezu jedes Körperteil der Opfer, einschließlich der Genitalien. Die Gefangenen werden gezwungen, barfuß über Glasscherben zu laufen, und ihre Familien werden bedroht für den Fall, daß die Häftlinge kein Geständnis ablegen wollen.

Nach Angaben von amnesty international gibt es in vielen Fällen keinen Beweis dafür, daß die Gefolterten in Zusammenhang mit der Welle politischer Gewalt stehen, die seit 1976 über 4.000 Opfer gefordert hat. Im Dezember 1978 kam es zur Verhängung des Kriegsrechts, das nun in 20 der 67 türkischen Provinzen besteht. Allein zwischen Januar und April diesen Jahres sind nach Angaben türkischer Zeitungen nahezu 47.000 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden.

Massaker der Grauen Wölfe und der Sicherheitskräfte

Seit der Verhängung des Kriegsrechts, das der Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung in der Türkei dienen sollte, hat die Zahl der von den Grauen Wölfen (paramilitärische Kommandoeinheiten der neofaschistischen Partei der Nationalen Bewegung MHP) verübten politischen Morde ständig zugenommen; sie beträgt jetzt 337 pro Monat. Hinzu kommt, daß nun die unter dem Kommando der Kriegsrechtsbehörden stehenden Sicherheitskräfte ebenfalls politische Gewalttaten begehen und selbst Personen, die in keinem Zusammenhang zu terroristischen Aktivitäten stehen, ermorden.

Der spektakulärste dieser Zwischenfälle ereignete sich am 13. Juni 1980 in Izmir. Sicherheitskräfte umzingelten ein Studentenheim, in dem die Studenten das Ende des Studienjahres feierten. Sie eröffneten das Feuer und töteten fünf der Studenten sofort, 20 wurden schwer verletzt.

Auch im letzten Monat haben die Grauen Wölfe wieder viele politische Parteifunktionäre erschossen. Am 24. Mai 1980 überfielen sie die Wohnung von Vecdi Özgüner, Vorstandsmitglied der Arbeitspartei der Türkei (TEP), die unlängst vom Verfassungsgericht verboten worden war. Bei dem Überfall wurde seine Frau, Mitglied des Zentralrats des türkischen Ärztebundes, getötet; er wurde schwer verletzt.

Wenige Tage später, am 27. Mai 1980 wurde Gün Sazak, Mitglied des Vorstands der Partei der Nationalen Bewegung MHP, vor seinem Haus von unbekanntem Tätern erschossen. Dieser Mord wird als Vergeltungsmaßnahme für den Mord an Dr. Özgüner gewertet. Obwohl es Anzeichen dafür gibt, daß der Mord an Sazak auf Konflikte innerhalb der neofaschistischen Partei zurückzuführen ist, benutzten die Grauen Wölfe diesen Vorfall als Vorwand für eine landesweite blutige Terrorkampagne. Sie überfielen Häuser

Büros und Läden von progressiven Personen in vielen Provinzen und erschossen wenigstens 30 Menschen. Die Spannungen erreichten besonders in den Provinzen Corum, Kayseri, Eskişehir und Nevşehir ihren Höhepunkt. Unter den Opfern dieser faschistischen Offensive befand sich auch der Sekretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) in Uskudar.

Der schwerste Zwischenfall ereignete sich jedoch in Nevşehir. Am 16. Juni 1980 hatten Graue Wölfe den örtlichen Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei Zeki Tekiner erschossen. Am Tage darauf kamen Bülent Ecevit und andere Parlamentarier nach Nevşehir, um an der Beerdigung teilzunehmen. Während der Zeremonie eröffneten Graue Wölfe das Feuer auf die Menschenmenge und Ecevit konnte nur knapp

POLITISCHE MORDE VOM 16. MAI BIS ZUM 15. JUNI 1980

ISTANBUL	81	HATAY	5	AFYON	1
ADANA	31	KAHRAMANMARAS	5	AGRI	1
ANKARA	19	KOCAELI	5	BINGÖL	1
IZMIR	18	SIIRT	5	BURDUR	1
CORUM	12	TOKAT	5	CANAKKALE	1
ORDU	12	SAMSUN	4	ERZURUM	1
KAYSERI	9	TRABZON	4	GÜMÜSHANE	1
URFA	9	AMASYA	3	KIRKLARELI	1
ESKISEHIR	8	ARTVIN	3	KIRSEHIR	1
KARS	8	AYDIN	3	KÜTAHYA	1
MARDIN	8	DENIZLI	3	MUS	1
MERSIN	8	MALATYA	3	NEVSEHIR	1
BURSA	7	ANTALYA	2	NIGDE	1
DIYARBAKIR	7	EDIRNE	2	SINOP	1
ELAZIG	6	ERZINCAN	2	TUNCELI	1
GAZIANTEP	6	MANISA	2	USAK	1
KONYA	6	RIZE	2	ZONGULDAĞ	1
GIRESUN	5	VAN	2		

Gesamt: 337
 Sieben Monate Regierung Demirel: 1781
 Gesamt in vier Jahren u. fünf Monaten: 3991

dem Tode entkommen während vier Parlamentsabgeordnete schwer verletzt wurden. Ecevit und seine Freunde mußten im Rathaus Schutz suchen; von dort riefen sie den Premierminister und den Innenminister an und baten um persönlichen Schutz. Diese waren jedoch nicht in ihren Büros, worauf Ecevit direkt den Generalstabschef informierte und ihn bat, Truppen nach Nevsehir zu entsenden, um ihr Leben zu schützen.

Ausländische Touristen vom Militär erschossen

Wie Spitzenpolitiker und Intellektuelle so können auch ausländische Touristen nicht dem Terror und der Gewalt in der Türkei entkommen. Am 16. Juni 1980 erschossen Soldaten einen belgischen Touristen und nahmen seinen Begleiter fest, nachdem diese mit einem Boot irrtümlich in eine verbotene Militärzone etwa 40 km nordwestlich von Izmir an der ägäischen Küste gesegelt waren.

Das Opfer, Oliver Shackoord, und sein Begleiter Jaques Pourbaix waren auf Ferien in der Türkei. (C-M-H-DG-18/6)

MISSTRAUENSANTRAG GEGEN DIE REGIERUNG DEMIREL

ANKARA (ITA) - Mit dem Ziel, die Regierung Demirel zu stürzen hat die Republikanische Volkspartei als größte Oppositionspartei im Parlament einen Mißtrauensantrag vorgelegt.

In dem Antrag, der auch vom ehemaligen Premierminister Ecevit unterzeichnet ist, wird festgestellt, daß individueller und organisierter Terror zu Massenterrorismus geworden ist, daß die Zahl der Morde zunimmt, daß nicht nur Straßen und Stadtteile sondern ganze Städte zu "befreiten Gebieten" in der Hand von Rebellen geworden sind. Sektierertum, Uneinigkeit und Feindschaft haben sich zu einem Bürgerkrieg gesteigert und die Regierung ist nicht in der Lage, Herr der Situation zu werden außer durch verstärkte Verbote und Ausgangssperren, mit denen alles Leben gelähmt wird.

In dem Mißtrauensantrag heißt es weiter, daß die Inflation beängstigende Ausmaße angenommen hat. Jede Vorwärtsentwicklung wurde gestoppt. Es ist ein Rückschritt zu verzeichnen und immer größere Teile der Bevölkerung verarmen, während das Kapital in den Händen weniger Kapitaleigner zunimmt.

Die Ausbeutung nimmt zu, die Einkommensverteilung wird immer ungerechter. Steigende Preise und Zinsen verbunden mit der Anarchie im Lande haben den Staat an den Rand einer Explosion gebracht.

Auslandsmärkte im Umkreis der Türkei werden aufgegeben zugunsten westlicher Länder und diesen Ländern werden umfangreiche Konzessionen als Gegenleistung für Finanzanleihen gemacht.

Die Regierung habe keine Maßnahmen ergriffen, um die Zukunft der Türkei zu sichern; stattdessen würde die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft angestrebt. Die angestrebte Wirtschaftsform widerspräche jedoch der türkischen Demokratie und seiner Verfassung und sei nicht mit den sozialen Prinzipien der türkischen Verfassung in Einklang zu bringen.

Der Mißtrauensantrag schließt mit der Feststellung, daß solange die gegenwärtige Regierung im Amt bleibe die Grundlage des Staates und der Demokratie wie auch andere gesellschaftliche Werte weiter zerstört würden und andere gesellschaftliche Kräfte zunehmend den Staat ersetzen würden.

Am Ende der Debatte über diesen Mißtrauensantrag werden 226 Stimmen benötigt, um die Regierung zu stürzen, Da die Republikanische Volkspartei nicht über genügend Stimmen verfügt, sucht Ecevit die Unterstützung der islamisch-fundamentalistischen Nationalen Heilspartei (MSP). (C-M-DN-DG-18/6)

NEUE ZUGESTÄNDNISSE AN DEN INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFOND (IWF)

ANKARA (ITA) - Da die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei nicht im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems gelöst werden können, machte die Regierung Demirel neue Zugeständnisse an den IWF, die zu drastischen Maßnahmen führen.

In einem Absichtsschreiben an den IWF wirbt die Regierung um weitere Hilfe des Fonds; das ursprünglich auf ein Jahr begrenzte Hilfsabkommen soll auf drei Jahre ausgeweitet werden.

Das neue Dreijahresabkommen mit dem IWF zielt auf eine Reduktion der Inflationsrate auf 50% im Juni 1981, 35% ein Jahr später und schließlich 25% im Juni 1983. Um dieses Ziel zu garantieren, werden in dem Absichtsschreiben detaillierte Vorschläge für eine strikte Geld-Kredit-Politik gemacht.

In dem Absichtsschreiben wird als Obergrenze für Kredite der Zentralbank an den öffentlichen Sektor für das Jahr 1980 die Summe von 125 Millionen TL akzeptiert und erstmalig auch eine Begrenzung der Kredite an die Privatwirtschaft. Damit wird die Geldvergabe der Zentralbank an die Privatbanken und die Landwirtschaft für 1980 auf insgesamt 105 Milliarden TL begrenzt.

In dem Dokument wird auch eine Begrenzung der kurzfristigen Anleihen des Finanzministeriums zur Finanzierung von Löhnen und Gehältern befürwortet; der Arbeitskräfteüberschuß in den staatlichen Wirtschaftsbetrieben soll auf andere Sektoren abgeleitet werden. Die Investitionen des öffentlichen Sektors sollen nur gemäß einer Prioritätenliste nach den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten vorgenommen werden. Bekanntlich waren bereits im Investitionsprogramm von 1980 die öffentlichen Investitionen und Ausgaben substantiell gekürzt worden.

In dem Absichtsschreiben wird weiterhin befürwortet, die Preise für Güter und Dienstleistungen der staatlichen Wirtschaftsbetriebe freizusetzen; eine Anzahl von Preisangleichungen wird aufgelistet.

Die Unterstützungszahlungen an die Landwirtschaft sollen gesenkt werden und durch neue Preiserhöhungen, wie zuvor schon für Zucker und Tee, aufgefangen werden.

In dem besagten Schreiben werden auch das Vorhaben einer Steuerreform angesprochen, mit der genügend öffentliche Mittel aufgebracht werden sollen, wie auch Pläne für die Einführung einer Mehrwertsteuer und einer Kopplung der Lohnerhöhungen an die Preissteigerungen.

In dem Schreiben wird eine 22-prozentige Abwertung der türkischen Währung gegenüber dem US-Dollar in Aussicht gestellt. In einem technischen Zusatzdokument wird von einer jährlichen Abwertungsrate in Höhe von 20% in den nächsten drei Jahren gesprochen. Das bedeutet, daß selbst bei sich verlangsamen der Inflationsrate der Wechselkurs zwischen Dollar und TL auf 1:184 im Juni 1983 gefallen sein wird. Gegenwärtiger Stand ist 1:78.

Beschränkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehung mit sozialistischen Ländern

Ein weiteres Zugeständnis an den IWF ist die Beschränkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den RGW-Ländern. In den Jahren 1978 und 1979 hat die Regierung Ecevit neue Kontakte mit sozialistischen und Nahost-Ländern aufgenommen, um türkischen Exporteuren neue Märkte zu verschaffen. Der Anteil des Außenhandels mit sozialistischen und arabischen Ländern wuchs um 10%.

Um den Handel mit den RGW-Ländern einzuschränken, hat die türkische Regierung für Exporte in sozialistische Länder die Bestimmung aufgehoben, daß die Exporteure 50% ihrer Exporteinkünfte auf diesem Markt erzielen dürfen. Ebenso wird solchen Exporteuren nun die Möglichkeit genommen, bei Ausfuhren in sozialistische Länder einen Kredit in Höhe von 80% der Exportsumme aufzunehmen.

Durch die neuen Maßnahmen werden auch bilaterale Kreditvereinbarungen für Investitionsprojekte unterbunden. Dadurch sind insbesondere landwirtschaftliche Projekte, die mit Krediten von RGW-Ländern finanziert werden, gefährdet.

(C-A-DN-DG-17/6)

DIE TÜRKEI ALS BLITZABLEITER DER NATO

ANKARA (ITA) - Am Vorabend des NATO-Gipfels in Ankara, auf dem die Mitgliedstaaten zu entscheiden haben, ob sie den Weg zurück zu Entspannung und Verhandlungen oder weiter in Richtung auf atomare Aufrüstung gehen wollen, hat Hauptoppositionsführer Ecevit die Regierung Demirel beschuldigt, die Türkei in einen "Blitzableiter der NATO" verwandelt zu haben, um ausländische Hilfe von westlichen Staaten sicherzustellen.

In diesen Zusammenhang paßt das neue türkisch-amerikanische Verteidigungsabkommen, das bereits von der Regierung unterzeichnet wurde und gegenwärtig im Verteidigungsausschuß der Nationalversammlung beraten wird. Während der Beratung erklärten General Sedat Tokgoz als Vertreter des Verteidigungsministeriums und Botschafter Faruk Sahinbas als Vertreter des Außenministeriums, daß nach Unterzeichnung des Abkommens bereits 250 Millionen Dollar Hilfsgelder von den USA bereitgestellt worden seien und daß für 1981 weitere 200 Millionen Dollar zu erwarten seien.

Die Militärbasen und Einrichtungen der USA in der Türkei können in vier Kategorien gegliedert werden:

1. Kampfstützpunkte und Einrichtungen wie Luft-, Flotten- und Raketenabschußbasen;
2. Elektronische Spionagestützpunkte;
3. Melde- und Nachrichtenstützpunkte;
4. Trainings- und Nachschubbasen.

Mit dem Vertrag über gemeinsame Verteidigung und Zusammenarbeit vom 3. Juli 1969 wurden die davorliegenden 91 zweiseitigen Abkommen mit den USA gemäß dem nordatlantischen Bündnisvertrag systematisiert.

Ein Bericht für den amerikanischen Unterausschuß für Europa und Nahost aus dem Jahre 1977 gibt unter dem Titel "Amerikanische Militäreinrichtungen und Ziele im Mittelmeerraum" weitere Informationen über die US-Stützpunkte in der Türkei:

"Die von der Türkei zur Verfügung gestellten militärischen Einrichtungen haben die USA in die Lage versetzt, wertvolle Spionageposten aufzubauen, mit denen sowjetische Luft- und Flottenaktivitäten, Raketen- und Nukleartests und sämtliche militärischen Aktivitäten im Nahen Osten beobachtet werden können. Weiterhin wurden von den Türken Flugfelder für taktische Kampfflugzeuge sowie Nachrichtenstationen und Versorgungs- und Waffendepots für die amerikanischen Luft- und Flottenstreitkräfte im östlichen Mittelmeer zur Verfügung gestellt. Schließlich hat die Türkei der NATO den Aufbau von 14 NADGE Frühwarn-Radarstationen genehmigt, die über das ganze Land verteilt sind."

"Die wichtigsten von den USA benutzten Militäreinrichtungen in der Türkei sind der US-Flottenstützpunkt LORAN in Kargaburun in der europäischen Türkei, die Spionagestationen Sinop und Samsun an der Schwarzmeerküste und Belbasi in der Zentraltürkei, Diyarbakir im Südosten, Karamursel im Nordwesten der Türkei an der Küste des Marmarameers. Weitere wichtige Einrichtungen sind die Luftbase Incirlik, die Versorgungsstationen Iskenderun und Yumurtalik im Süden der Türkei nahe der syrischen Grenze, die Luftstützpunkte in der Hauptstadt Ankara, in Izmir und Cigli im Westen der Türkei an der ägäischen Küste. Hinzu kommen weitere militärische Einrichtungen, die sowohl den USA wie auch der NATO dienen.

"Die meisten US-Installationen in der Türkei sind elektronisch ausgerüstet und auf die eine oder andere Weise für militärische Aufklärungszwecke einsetzbar. Zwei der größten Aufklärungsstationen in der Türkei sind Sinop an der Schwarzmeerküste und Karamursel am Südostufer des Marmarameers. Die mit Personal des Nationalen Sicherheitsdienstes bemannte Radar- und Nachrichtenstation Sinop sammelt Informationen über die Luft- und Flottenaktivitäten der SU im Schwarzmeergebiet und sowjetische Raketenstarts. Angeschlossen an diesen Stützpunkt ist der Nachrichtenposten in Samsun, auf dem Personal des Geheimdienstes der amerikanischen Luftwaffe eingesetzt ist. Die Luftbase Karamursel verfolgt sowjetische Flottenbewegungen im westlichen Schwarzen Meer und in dem Gebiet um die Meerengen. Auch hier wird das Personal vom Sicherheitsdienst der US-Luftwaffe gestellt."

"Eine weitere wichtige Aufklärungsstation ist die in Diyarbakir. Dieser Stützpunkt ist mit weitreichendem Radar ausgestattet und verfolgt sowjetische Raketenabschüsse von verschiedenen Testgeländen in der SU. Dem Stützpunkt ist die nahegelegene Luftbase Pirinçlik angegliedert. Auch hier wird das Personal vom Geheimdienst der US-Luftwaffe gestellt. Auf der nahe Ankara gelegenen Militärstation Belbasi befindet sich eine seismographische Empfangsstation, mit der sowjetische Nukleartests überwacht werden. Über das gesamte Land zerstreut befinden sich zahlreiche amerikanische Nachrichtenposten und 14 NATO NADGE Frühwarnposten, einige davon in der Nähe der oben genannten Militäreinrichtungen. Diese Posten sind über einen Militärsatelliten mit dem amerikanischen Flottenstützpunkt in Lakehurst, New Jersey verbunden."

"Zu den türkische Militäreinrichtungen, die von den USA mitbenutzt werden, zählen die Luftbasen Incirlik in der Nähe von Adana in der Südosttürkei und die Materiallager Iskenderun und Yumurtalik an der südöstlichen Mittelmeerküste nahe der syrischen Grenze. Incirlik ist der wichtigste taktische Luftwaffenstützpunkt in der Türkei. Er ist mit amerikanischen Kampfflugzeugen des spanischen Stützpunktes Torrejon und des italienischen Stützpunktes Aviano bestückt. Die in Incirlik stationierten amerikanischen Kampfflugzeuge sind die am weitesten östlich auf Land stationierten Waffenträger im Ostmittelmeerraum; sie sind in der Lage, einen taktischen Nuklearschlag im Falle eines Konfliktes in diesem Gebiet auszuführen. Iskenderun und Yumurtalik sind die bedeutendsten Vorrats- und Nachschublager der amerikanischen Streitkräfte im Ostmittelmeerraum. Kargaburun am Nordufer des Marmarameers ist ein amerikanischer Flottenstützpunkt, der mit weitreichenden Radarnavigationsinstrumenten amerikanische Flugzeuge und Schiffe bei ihrer Positionsbestimmung unterstützen kann. In Ankara befindet sich die zentrale logistische Kommandostation aller amerikanischen Stützpunkte in der Türkei, während sich in Izmir eine Base der amerikanischen Luftwaffe und das NATO-Südost-Hauptquartier zu Lande sowie das Kommando der Sechsten Alliierten Taktischen Streitkräfte befinden." (Eine Karte mit allen amerikanischen Stützpunkten und Militäreinrichtungen in der Türkei erschien im INFO-TURK BULETIN, Januar 1980).

48 Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei kritisierten in einer Anfrage an die türkische Regierung die neuen türkisch-amerikanischen Verteidigungsvereinbarungen, die den USA die Möglichkeit geben, die Stützpunkte in den Dienst der globalen Strategiepläne des Pentagons zu stellen. In ihrer Anfrage heißt es:

"Wir fürchten, daß die gegenwärtige türkische Regierung auch einer Stationierung von Neutronenbomben in der Türkei zustimmen wird, wodurch dieses Land im Falle eines Krieges zu einem Atomfriedhof würde. Da im Falle eines nuklearen Angriffs die Priorität des Gegners auf Zerstörung der amerikanischen Truppen und ihrer Waffen und nuklearen Einrichtungen liegt, werden gleichzeitig ein Fünftel der türkischen Bevölkerung und ein Großteil der materiellen und kulturellen Werte der Türkei zerstört werden. Eine unbegrenzte Erlaubnis für amerikanische Stützpunkte in der Türkei führt zu Verärgerung bei den an die Türkei grenzenden Staaten im Nahen Osten. Auf diese Weise wird die Türkei gegen ihren Willen in eine Position gedrängt, die sie in Konflikt mit ihren eigenen nationalen Interessen bringt."

Arbeiterparteien der Türkei für Abrüstung und Entspannung

Die beiden Arbeiterparteien der Türkei haben sich an dem internationalen Forum "Dialog für Abrüstung und Entspannung" beteiligt, das vom 26. bis 28. Mai 1980 in Wien stattfand. Sie gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, gegen das Anwachsen militaristischer Tendenzen in der Türkei zu kämpfen und alle Bestrebungen zugunsten von Abrüstung und Entspannung zu unterstützen.

Unter den Vertretern progressiver Parteien aus 38 Ländern befanden sich Yavuz Cismeci von der Arbeiterpartei der Türkei und Tektas Agaoglu von der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei.

Die beiden Arbeiterparteien der Türkei veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung zusammen mit der Kommunistischen Partei Griechenlands und fortschrittlichen Gruppierungen aus Zypern. Diese Erklärung forderte für Zypern einen völlig unabhängigen, souveränen, territorial-unversehrten und neutralen Status; der Inselstaat solle völlig entmilitarisiert werden, alle ausländischen

Truppen und ausländischen Stützpunkte sollen von seinem Territorium abgezogen werden; die entsprechende Resolution der UNO wird in der Erklärung bekräftigt.

Außerdem haben die beiden Arbeiterparteien eine Massenkampagne gegen die Ratifizierung des neuen türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens gestartet. In vielen türkischen Provinzen wurden Protestversammlungen abgehalten, die von tausenden Pazifisten besucht wurden. (DNY-Y-DG-17/6)

EUROPÄISCHES KOMITEE DER EINHEIT FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI GEGRÜNDET

DUSSELDORF (ITA) - Aus Anlaß des 10. Jahrestages des ersten Massenwiderstandes der arbeitenden Klasse der Türkei gegen die antidemokratischen Gesetzesvorhaben trafen sich in Düsseldorf Vertreter der Vereinigungen für Demokratie in der Türkei und gründeten ein Zentralorgan ihrer Bewegung: das Europäische Komitee der Vereinigung für Demokratie in der Türkei.

Das Europäische Komitee erinnert in seinem ersten Kommuniqué an den Massenwiderstand der Arbeiter, der am 15. und 16. Juni 1970 in Istanbul begann und der in den letzten zehn Jahren immer größeren Ausmaß angenommen hat. Auch heute kämpfen die Kräfte für Demokratie, Unabhängigkeit und Sozialismus in der Türkei gegen neuerliche Versuche, Überreste demokratischer Rechte zu unterdrücken und die Türkei in ein Sprungbrett des US-Imperialismus zu verwandeln. In dem Kommuniqué heißt es:

"Um in diesem Kampf erfolgreich zu sein müssen

1. alle revolutionären Kräfte auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus den Prozeß einer politischen Vereinheitlichung beschleunigen mit dem Ziel, eine einzige Partei zu bilden;
2. alle antifaschistischen, antimonopolistischen, antiimperialistischen und antichauvinistischen Kräfte des Landes in einer Einheitsfront der organisierten Arbeiterklasse zusammengeschlossen werden."

Tatsächlich haben die Parteien der Arbeiterklasse in der Türkei weitere Schritte in diese Richtung unternommen. Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP) hat bereits ein detailliertes Dokument veröffentlicht, in dem die Notwendigkeit der Einheit der politischen Parteien und Gruppen auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus betont wird. Erst kürzlich haben Gespräche zwischen der Arbeiterpartei der Türkei und der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei zu diesem Thema stattgefunden.

Parallel dazu haben in verschiedenen türkischen Provinzen die beiden Arbeiterparteien gemeinsame Aktionen gegen Imperialismus und Faschismus organisiert. An diesen Aktionen haben auch andere politische Gruppen teilgenommen, wie z.B. die Revolutionären Demokraten.

Die Vereinigung für Demokratie in der Türkei hat bereits in verschiedenen europäischen Ländern Komitees gegründet, unter anderem in Deutschland, Belgien, Frankreich und der Schweiz. (DG- 15/6)

TURKISCHE ARBEITER IN BELGIEN UNTERSTÜTZEN "KAMPFZIEL 1982"

BRUSSEL (ITA) - Das Kulturzentrum türkischer Arbeiter in Belgien (TIKM) organisierte am 7. Juni 1980 unter dem Slogan "Kampfziel 1982" einen Kulturabend. Dieser Slogan soll die Entschlossenheit der türkischen Arbeiter verdeutlichen, mit der sie für die Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den belgischen Kommunalwahlen im Jahre 1982 kämpfen wollen.

Zur Zeit haben lediglich ausländische Arbeiter in Schweden, Dänemark und Holland dieses Recht. Kürzlich wurde der türkische Arbeiter Musa Öztürk bei den Kommunalwahlen in der Stadt Charlois der holländischen Provinz Rotterdam in den Stadtrat gewählt.

Die Kampagne "Kampfziel 1982" wurde von Organisationen der ausländischen Arbeiter in Belgien ins Leben gerufen und wird von den türkischen Arbeitern aktiv unterstützt.

In der Tat stellen die ausländischen Arbeiter in Belgien einen bedeutenden Prozentsatz der Gesamtbevölkerung. Nach Angaben des Justizministeriums sehen die Zahlen wie folgt aus:

	Arbeiter	Arbeiter und Familienangehörige
Italiener	89.000	328.924
Marokaner	31.250	92.279
Spanier	29.250	67.058
Türken	19.000	66.563
Griechen	9.650	23.418
Portugiesen	5.600	13.433
Algerier	3.000	12.031

Die etwa 900.000 Ausländer in Belgien machen 8,51% der belgischen Bevölkerung aus. Der Anteil beträgt 3,88% im flämischen, 12,68% im wallonischen Landesteil und 20,24% in der Hauptstadt Brüssel. Wegen des großen Wachstums der ausländischen Bevölkerung wird dieser Anteil weiter zunehmen.

Die Forderung nach Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer wird von allen demokratischen Kreisen in Belgien unterstützt. Es gibt jedoch einige Befürworter, die dieses Recht nur auf Bürger aus Ländern der EG beschränken wollen.

Als Bürger eines Landes, das nicht Mitglied der EG ist, bestehen die türkischen Arbeiter auf Anerkennung des Wahlrechts für alle Ausländer in Belgien.

An der Veranstaltung vom 7. Juni nahm auch ein Vertreter der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) teil; Yükel Top gab zu verstehen, daß seine Organisation die türkischen Arbeitnehmer in ihrer Forderung nach Wahlrecht unterstützt. Der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Nihat Sagin sandte eine Grußbotschaft an die Veranstaltung, in der die Partei Unterstützung und Solidarität mit den türkischen Arbeitern im Ausland bekräftigte.

Viele türkische Folk-Sänger, ein türkischer Kinderchor und Tanzformationen traten an diesem Abend auf; Höhepunkte des Abends waren der Auftritt des berühmten türkischen Folk-Sängers Rahmi Saltuk und der französischen Sängerin Francesca Solville. (TIKM-DG-8/6)

~~.....~~
 DAS INFO-TÜRK BULLETIN WIRD IM MONAT JULI NICHT ERSCHEINEN! DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT IM AUGUST 1980.

NEUERSCHEINUNGEN :

Institutionalisierung der politischen Herrschaft in der Türkei und die ökonomischen Aufgaben des Staates.

➔ Info-Türk Sonderheft 1

In diesem Sonderheft wird der Versuch unternommen, die Funktion der Aktivitäten des türkischen Staates im ökonomischen Bereich zu klären und den Zusammenhang mit der politischen Herrschaftsform in der Türkei aufzuzeigen. Dabei werden die gemeinwirtschaftlichen Aktivitäten des türkischen Staates - insbesondere durch Installierung der 'Halbstaatlichen Unternehmen' (KIT) einer historischen und ökonomischen Analyse unterzogen und daraus Schlussfolgerungen auf die politische Situation in der Türkei gezogen.

P r e i s ; 10,00 DM.

NEUERSCHEINUNGEN :

R E S O L U T I O N

➔ Info-Türk Sonderheft 2

Beschluß des zweiten Parteitags der ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP)

P r e i s ; 5,00 DM

Bestellungen gegen Scheckvorauszahlung oder Überweisung auf Kto.-Nr. 110 / 32 58 bei der Deutsche Bank, 4220 Dinslaken.